

Außerordentliche General- und Delegiertenversammlung der Fédération des Artisans

Mittelstandsfreundliche Politik bringt viel und kostet wenig

Am gestrigen Donnerstag trafen sich die Präsidenten und Delegierten der Mitgliedsverbände zu einer außerordentlichen Generalversammlung der Fédération des Artisans.

Thematischer Schwerpunkt war notgedrungen die Pandemie und deren Auswirkung auf die Unternehmen der verschiedenen Sektoren.

Das Lebensmittelhandwerk, Friseure und Kosmetikerinnen, Taxigewerbe und teilweise Druckereien sind nach wie vor schwer von den aktuell geltenden Beschränkungen betroffen. Diese Branchen sehen die Ankündigung, dass ab Mai Kurzarbeit und finanzielle Unterstützungen zurückgefahren werden kritisch, solange die Beschränkungen nicht aufgehoben sind.

Finanzielle Kompensationen und Kurzarbeit müssen solange bleiben, wie Beschränkungen greifen

In den Augen der Delegierten kann es nicht sein, dass Unterstützungen zurückgefahren werden, solange staatlich auferlegte Beschränkungen in Kraft bleiben. Dies müsste parallel geschehen.

Fachkräftemangel bleibt auch bei Corona ein Thema

In zahlreichen Branchen bleibt der Fachkräftemangel trotz Corona als Grundtendenz bestehen. Rekrutierungen aus dem Ausland sind angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass Staat und Gemeinden wichtige Mitarbeiter aus Unternehmen abwerben.

Delegierte fordern Ablösesumme, wenn ein ausgebildeter Mitarbeiter abgeworben wird

Viele Unternehmen zögern zudem Zeit und Geld in die Ausbildung von Nachwuchskräften zu investieren, die kurz nach Beendigung der Ausbildung abgeworben werden. Hier könnte man mit der Schaffung einer zeitlich gestaffelten Ablösesumme entgegenwirken, um den Ausbildungsbetrieben ihren Aufwand wenigstens teilweise zu kompensieren.

Sonntagsarbeit: Wo Unternehmer und Mitarbeiter mitziehen, soll können sonntags gearbeitet werden

Die Delegierten bedauern die ideologische Herangehensweise in Sachen Sonntagsarbeit. Mitarbeiter und Arbeitgeber müssten gemeinsam entscheiden können, wie und wann im Unternehmen gearbeitet wird, ohne dass der Staat Öffnungszeiten vorschreibt. Gerade bei Sonntagsarbeit fallen hohe Zuschläge an, so dass viele Mitarbeiter bereit sind sonntags zu arbeiten, und sich den Rest der Woche flexibler gestalten können. Flexible Arbeitszeiten müssen auch betriebliche Bedürfnisse berücksichtigen. Dies wäre in den Unternehmen in der Regel auch möglich, wenn der Gesetzgeber den Parteien entsprechende Freiräume einräumen würde.

Abgesehen von finanziellen Kompensationen wäre eine resolut mittelstandfreundliche Politik seitens der ganzen Regierung eine enorme Unterstützung für die Unternehmen, ohne dass es den Steuerzahler einen Euro kosten würde. In den Augen der Delegierten würde eine mittelstandsfreundlichere Politik viel bringen, ohne viel zu kosten. Leider gibt es dafür weder Anzeichen noch Signale.